

Gefahren im Netz

Sachverständige äußern sich zu sexualisierten Übergriffen

16. September 2021 – Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat sich mit Gefahren befasst, die vor allem Mädchen und Frauen im Internet drohen. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion. Sachverständige äußerten sich dazu.

„Die Angst vor dem Kinderschänder, der Hornbrille trägt und kleine Mädchen oder Jungs auf dem Spielplatz mit Lollis anlockt, bevor er sie zu sich nach Hause entführt und missbraucht, ist allgegenwärtig und der wohlbekannte Albtraum für Eltern und Lehrer. Die Realität im 21. Jahrhundert hat sich verändert: Im Internet wird der besagte Spielplatz unendlich groß und die Menge an Kindern ist scheinbar unbegrenzt.“

Diese Einschätzung stammt von Chantal Grede, Referentin der „DigitalAkademie“, einer Einrichtung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Grede war eine der Sachverständigen, die sich in der Anhörung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen zu einem Antrag der SPD-Fraktion geäußert haben („Respekt und Empowerment für Mädchen und junge Frauen im Netz stärken – Cyber-Sexismus ein Ende setzen!“; [17/13068](#)).

Ziel sei es, so die SPD-Fraktion, Mädchen und junge Frauen besser vor Übergriffen im Internet zu schützen. „Durch die fortschreitende Digitalisierung und die damit verbundene Nutzung sozialer Medien werden neue Kanäle für

Interaktionen geschaffen, die leider zunehmend für Gewalt gegen Mädchen und Frauen missbraucht werden“, heißt es in dem Antrag. Beispiele seien Beschimpfungen, Beleidigungen, sexuelle Belästigung, persönliche Demütigung und das sogenannte Bodyshaming als Angriff auf das äußere Erscheinungsbild. Als Konsequenz zögen sich die Betroffenen häufig aus den digitalen Medien zurück. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, ein Konzept für eine zentrale Beratungsstelle für Opfer von digitaler Gewalt zu erarbeiten und „schnellstmöglich“ eine Kampagne zur Sensibilisierung zu initiieren.

„Mehr Respekt“

Die im SPD-Antrag „schwerpunktmäßig angesprochene Notwendigkeit von mehr Respekt und Empowerment für Mädchen und Frauen im Internet“ verdiene „breite politische Aufmerksamkeit“, schreibt Chantal Grede von der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Stellungnahme. Um angemessene Lösungen zu finden, müssten die Phänomene „eindeutig voneinander abgegrenzt werden“.

Grede wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche „nicht nur Opfer, sondern immer öfter auch Täter“ seien. Sie teilten Missbrauchsabbildungen im Internet – ohne daran zu denken, dass sie sich strafbar machen könnten: „Es fehlt schlichtweg die Vorstellungskraft darüber, dass sich hinter jedem im Netz abgebildeten missbrauchten Kind ein reales Kind verbirgt, das diesen Missbrauch erlebt hat.“ Sie erinnerte an die Verantwortung der Eltern: Sobald Kindern und Jugendlichen ein Zugang zum Internet durch Computer oder Smartphone geschaffen werde, müssten sie begleitet werden – „so, wie Schulwege gemeinsam abgefahren werden“.

Wichtig sei, erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Eltern zu schulen, sagte Dimitria Bouzickou von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS). Eltern sollten sich ihrer Vorbildrolle stets bewusst sein – auch bei der Smartphone-Nutzung, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft: „Posten Eltern schon von sehr jungen Kindern bedenkenlos Fotos (...), so stellt dies eine Verletzung des persönlichen Intimbereiches des Kindes dar.“ Das Kind könne „nicht einwilligen oder darüber entscheiden, ob es auf dem Töpfchen, in der Badewanne oder beim Zahnarzt gezeigt werden will“. Problematisch sei zudem, „dass Kinder sich so an Grenzverletzungen gewöhnen“. Das Fortbildungsangebot zur Prävention sexualisierter Gewalt im digitalen Raum sollte, so die AJS, für Lehrkräfte sowie Fachkräfte im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz ausgebaut werden. „Sehr gute Erfahrungen“ habe man bei sogenannten Peer-to-Peer-Angeboten gemacht. Dabei berieten ältere (ausgebildete) Schülerinnen und Schüler jüngere.

„Nachhaltige Interventions- und Präventionsketten sind notwendig, um zu einer Sensibilisierung von Heranwachsenden und Fachkräften beizutragen“, schreibt der Verein „femina vita, Mädchenhaus Herford“ in seiner Stellungnahme. Auch Eltern müssten „niedrigschwellig und bedarfsorientiert Zugang zu Informationsveranstaltungen und Hilfenetzwerken bekommen“. Eine „regionale Strukturförderung von Fachberatungsstellen“ sei sehr wichtig, sagte Lena Westermann von „femina vita“ im Ausschuss.

Tijen Onaran, Gründerin des Diversity-Unternehmens „Global Digital Women“, empfahl, Menschen einzubinden, die selbst im Netz sehr aktiv seien – etwa Youtuberinnen und Youtuber, Influencerinnen und Influencer. Über sie ließe sich die Zielgruppe der ganz jungen Menschen erreichen. *zab*

Foto: Schälte



Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.